

Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.08.2022
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Doris Grote	
Herr Torsten Kowitz	
Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin	
Frau Angelika Hahn-Fricke	
Herr Matthias Malassa	
Herr Martin Ahrens	
Frau Rita Marcussen	
Herr Arne Hansen	
Herr Wolfram Zetzsche	Vertretung für: Frau Prof. Dr. Ulrike Täck
Herr Klaus-Peter Schroeder	
Herr Julian Flak	
Herr Norbert Dachsel	
Herr Rainer Schuchardt	
Herr Klaus Stuber Kreissenioresenbeirat	
Herr Jan Peter Schröder Landrat	
Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung	
Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen	
Frau Terschüren Bewerberin FBL V	
Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat	-
Herr Arne-Michael Berg	-
Frau McGregor FDL Finanzen	
Frau Thiem FDL Rechtsangelegenheiten/ Kommunal- aufsicht	
Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte	
Frau Cordula Schultz 1. stv. Kreispräsidentin	bis 18:40 Top 3.2
Frau Rosemarie Jahn	-
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling	Protokoll

Abwesende:

Frau Prof. Dr. Ulrike Täck -

Frau Maren Berger -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.06.2022
 - 2.3 Informationen des Landrates
 - 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Förderung der Frauenfachberatungsstellen/Veränderung der Auszahlungsmodalitäten
Vorlage: DrS/2006/069-01
 - 3.2 Aufhebung eines Sperrvermerks sowie Entfristung einer Vollzeitstelle im Fachdienst 20.00
Vorlage: DrS/2022/163
- 4 Berichte/Informationen

(nichtöffentlich)

- 4.1 Sachstandsbericht der Zentralen Vergabestelle - Berichtsvorlage gegenüber dem Hauptausschuss
Vorlage: DrS/2022/164

(öffentlich)

- 4.2 2. Wirtschaftsplan 2022 KOSOZ AöR
Vorlage: DrS/2021/315-01
- 4.3 Quartalsbericht 30.06.2022
Vorlage: DrS/2022/171

- 4.4 Schlüsselkennzahlenbericht II/2022
Vorlage: DrS/2022/155
- 4.5 Beteiligungscontrolling II/2022
Vorlage: DrS/2022/157
- 4.6 Beteiligungen / laufendes Berichtswesen zum 30.06.2022
Vorlage: DrS/2022/158
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

(nichtöffentlich)

- 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises
- 8 Ernennung einer Beamtin
Vorlage: DrS/2022/119
- 9 Ernennung einer Beamtin
Vorlage: DrS/2022/148

(öffentlich)

- 10 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse
- 11 Nachgereichte Vorlagen

(nichtöffentlich)

- 11.1 Übertragung der Fachdienstleitung Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Vorlage: DrS/2022/187

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Grote schlägt vor, die nachgereichte Vorlage unter TOP 11.1 in die Tagesordnung aufzunehmen und die Tagesordnungspunkte 4.1, 7, 8, 9 und 11.1 nichtöffentlich zu beraten. Dem wird einstimmig zugestimmt. Die Tagesordnung wird entsprechend einstimmig genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.06.2022

Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift, diese gilt damit als genehmigt.

zu 2.3 Informationen des Landrates

Der Landrat informiert über folgende Themen:

- Die Zugänge der ukrainischen Flüchtlinge steigen an. Die Prognose gegenüber den Kommunen sei bis Jahresende auf rund 5.000 Menschen festgesetzt worden. Diese Zahl überschreite die in den Jahren 2014 bis 2016 insgesamt aufgenommenen Flüchtlinge. Beim Piken werde gut mit der Landesunterkunft zusammengearbeitet. Die Frist, Ende Oktober alle Ukrainer*innen erfasst zu haben, könne voraussichtlich eingehalten werden. Herr Schroeder verweist darauf, dass der vorgesehene Rechtskreiswechsel erst nach erfolgtem Piken stattfinden könne. Der Landrat teilt mit, dass bis zum Piken Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Flak erklärt der Landrat, eine Aufstellung über Geschlecht und Alter der Geflüchteten zu Protokoll zu geben. Frau Schultz stellt fest, dass in den Sommerferien ein Fernseheteam darüber berichtet habe, dass der Kreis Segeberg hohe Rückstände beim Piken habe. Der Landrat verweist darauf, dass die Berichterstattung teilweise falsch gewesen sei und die Fraktionen entsprechend informiert worden seien. Ein Pik-Gerät schaffe rund 100 bis 120 Menschen pro Woche. Die Mitarbeiter*innen in der Ausländerbehörde seien extrem belastet und es komme zu Anfeindungen. Durch interne Versetzungen werde versucht, die Situation zu verbessern. Er halte ei-

nen „Pakt für Zuwanderung“ für sinnvoll, ähnlich dem Pakt für den ÖGD. Außerdem sei mehr Personal notwendig.

- Das Oberverwaltungsgericht habe zur Feuerschutzsteuer der Klage einer Gemeinde stattgegeben. Die Urteilsbegründung müsse abgewartet werden. Gemeinsam mit der gemeindlichen Ebene solle eine Lösung gefunden werden. Herr Malassa erkundigt sich, ob künftig eine Unterstützung der Gemeinden durch den Kreis bei Ausschreibungen angedacht sei. Der Landrat erklärt, dass hierfür vor einigen Jahren ein Rahmenvertrag für Rechtsberatungen abgeschlossen worden sei. Dieser schließe auch die Begleitung von Ausschreibungen ein.
- Der ITVSH habe zum OZG einen Online-Shop eröffnet, so dass die Kommunen fertige Onlinedienste übernehmen und nachnutzen können. Auf Nachfrage von Herrn Malassa teilt der Landrat mit, dass zu unterscheiden sei in OZG-Prozesse und weitere/interne E-Government-Prozesse. Zu den OZG-Prozessen sei der Kreis gesetzlich verpflichtet, die internen Prozesse würden parallel angeschoben. Beides sei unter anderem abhängig von der personellen Ausstattung. Der Landrat sagt zu, dass eine Auflistung erstellt werden könne, welche Prozesse angeschoben worden seien und welche davon bereits abgeschlossen werden konnten, bzw. welche noch nicht abgeschlossen werden konnten. Herr Gerberding ergänzt, dass für den Sozialbereich ein eigener Mantelantrag in Zusammenarbeit mit Dataport und ITVSH laufe. Hierfür sei mittlerweile ein 6-stelliger Betrag aufgewendet worden. Auch aus diesem Grund werde das „einer für alle“ Prinzip favorisiert, so dass auf fertige Prozesse zurückgegriffen werden könne. Grundsätzlich könne der Kreis natürlich auch in Zukunft eigene Prozesse entwickeln, wenn dafür personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden.
- Für die nächste OVG-Sitzung werde eine nichtöffentliche Vorlage zur Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Abwicklung des Rettungsdienstes vorbereitet.
- Der Landrat gibt den aktuellen Schuldenstand zu Protokoll. Die Aufstellung befindet sich in der Anlage.
- Zur Gasmangellage habe es Informationsveranstaltungen der Hanse Werk AG gegeben. Im Winter seien regionale Ausfälle zu befürchten. Der Kreis gehöre zu den geschützten Kunden, was jedoch bei einem Druckabfall nichts nützen werde. Der Landrat appelliert daran, schon jetzt Gas zu sparen. Auch Stromsparen sei wichtig und es werde in der nächsten Woche Abstimmungsgespräche mit den LVB und Bürgermeistern geben. Aus seiner Sicht sei es fraglich, ob das Arbeiten im Homeoffice insgesamt Energie sparen werde, da die Mitarbeiter*innen dann zu Hause mehr heizen müssten.

Herr Flak stellt fest, dass zur Zeit rund 20 % Gas verstromt werden, da Wind- und Sonnenenergie nicht ausreiche. Er erkundigt sich, ob dies preisliche Auswirkungen haben werde oder der Kreis langfristige Verträge abge-

schlossen habe. Der Landrat teilt mit, dass die erfolgte Gasausschreibung erhebliche Mehrkosten aufgeworfen habe. Genaue Zahlen liefere er zu Protokoll. Auf eine weitere Frage von Herrn Flak erklärt Frau McGregor, dass im Haushalt Kassenkredite in Höhe von bis zu 35 Mio € beschlossen worden seien. In den letzten Jahren seien diese deutlich höher als üblich in Anspruch genommen worden, es fallen aber derzeit keine Zinsen dafür an.

- Zur Beerdigung von Graf Schwerin von Kosigk gebe es keine Neuigkeiten. Die Fraktionen werden umgehend informiert, sobald weiteres bekannt wird.

Mitteilung zu den Energie-Ausschreibungen:

Die Gas-Ausschreibung wurde in Abstimmung mit dem uns bei der Ausschreibung beratenden Unternehmen und dem Rechnungsprüfungsamt aufgehoben. Der angebotene Arbeitspreis lag mehr als 1000% über dem aktuellen Arbeitspreis. Die Ausschreibung soll nun wiederholt werden, um ggf. zu einem wirtschaftlich vertretbaren Ergebnis zu kommen.

Die Strom-Ausschreibung wurde mit einer Kostensteigerung von 100% bzw. 223% bezuschlagt.

Mitteilung zur Auflistung der internen Prozesse:

Der Abschlussbericht zur EGov-Strategie 2017-2021 wird gerade vorbereitet und in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen vorgestellt.

zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Frau Schultz berichtet stellvertretend für den Kreispräsidenten, dass in der letzten Woche die Jahreshauptversammlung des Kreisjugendrings stattgefunden habe. Es wurde an der Stelle ausdrücklich für die vielen Projekte wie Stadt der Kinder oder Jugend im Kreistag, die der KJR im Auftrag des Kreises durchführt, gedankt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Förderung der Frauenfachberatungsstellen/Veränderung der Auszahlungsmodalitäten Vorlage: DrS/2006/069-01

Herr Schuchardt erklärt, dass er die Zusammenarbeit gut und richtig finde. Er fragt nach, warum in der Vorlage unterschiedliche Auszahlungsfaktoren (1 und 1,5) für die Verteilung genannt werden. Frau Höppner-Reher erklärt, dass dies die Auszahlungsmodalitäten des Landes seien. Die Summe werde durch 2,5 geteilt und davon 1 Teil an das Frauenzimmer und 1,5 Teile an die Beratungsstelle Norderstedt und Kaltenkirchen ausgezahlt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt, die Förderung der Frauenfachberatungsstellen ab 01.01.2023 entsprechend der Fördermodalitäten des Landes Schleswig-Holstein durchzuführen. Die Verteilung der Gesamtsumme erfolgt anteilig mit 1,0 an das Frauenzimmer e.V. (Standort Bad Segeberg) und 1,5 an die Frauenräume e.V. (Standorte Norderstedt und Kaltenkirchen). Der Betrag wird für jeden Träger folgendermaßen ausgezahlt: je 50 % der Fördersumme zu Beginn eines Haushaltjahres und 50% in der Mitte des Jahres.

Die Auszahlung in einem Sockelbetrag von 80 Prozent und wirkungsorientiert anhand der geleisteten Beratungskontakte in Höhe von 20 Prozent entfällt. (s. Beschluss vom 28.08.2006 Drs/2006/069)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				-
Gesamt	11			11

zu 3.2 Aufhebung eines Sperrvermerks sowie Entfristung einer Vollzeitstelle im Fachdienst 20.00 Vorlage: DrS/2022/163

Frau McGregor erklärt auf Nachfrage von Herrn Kowitz, dass die Stelle geteilt worden sei, da sich inhaltlich herausgestellt hat, dass ein Teil der Aufgaben in die Geschäftsbuchhaltung und der andere Teil in den IT-Bereich gehört. Für beide Teile seien besondere Fachkenntnisse erforderlich. Die GBH Stelle sei mit E 9 bewertet, die IT Stelle mit E 10. Herr Kowitz bemängelt, dass die Stelle mit der DrS/2019/341 als E 5 genehmigt wurde und nun eine deutlich höhere Besetzung vorgesehen sei, ohne dass die Politik dem zugestimmt habe. Frau McGregor erläutert, dass eine Bewertung erst nach der inhaltlichen Ausgestaltung möglich gewesen sei. Dies sei erst Ende 2021 der Fall gewesen.

Herr Gerberding ergänzt, dass die Stelle aus einem anderen Fachdienst ausgeborgt worden sei und mit dem nächsten Stellenplan werde die Höherwertigkeit entsprechend hinterlegt. Herr Kowitz wünscht, dass Verwaltung die Politik künftig informiert, wenn Stellenbewertungen so gravierend von der ursprünglichen eingeschätzten Wertigkeit abweichen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt die Aufhebung des Sperrvermerks sowie die Entfristung der Stelle 0.11140.0092 im Stellenplan 2022.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE				
Gesamt	11			11

zu 4 Berichte/Informationen

zu 4.2 2. Wirtschaftsplan 2022 KOSOZ AöR Vorlage: DrS/2021/315-01

Der Landrat erläutert, dass die Satzung dahingehend geändert worden sei, dass bei Entscheidungen nicht mehr alle Mitglieder zustimmen müssen. Die KOSOZ habe 11 Mitgliedskreise, somit seien bisher 11 Kreistagsbeschlüsse einzuholen gewesen. Weiter erhöhe sich der Fehlbetrag durch die Einstellung eines geschäftsführenden Vorstands.

Frau Marcussen erinnert daran, dass die KOSOZ regelmäßig im Sozialausschuss berichten solle. Dies sei seit längerem nicht geschehen. Der Landrat sagt zu, mit Frau Rimbach abzustimmen, wann der nächste Bericht erfolgen könne.

zu 4.3 Quartalsbericht 30.06.2022 Vorlage: DrS/2022/171

Frau McGregor stellt dar, dass im Haushalt 2022 ein knappes Plus (165.000 €) ausgewiesen worden sei. Der Hauptausschuss sei im Januar 2022 darüber informiert worden, dass mit der Festsetzung des Finanzausgleichs eine Verbesserung in Höhe von 11 Mio € eingetreten sei. Es seien aber auch schon einige Verschlechterungen bekannt gewesen. Dies seien die ausstehende Vereinbarung mit der Stadt Norderstedt über die Finanzierung eines Kita-GAPs (5,2 Mio € für 2021 und 2022), eine Überzahlung von Landeszuweisungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Erwachsene (6,6 Mio €) sowie Kosten im Zusammenhang mit den Ukraine-Flüchtlingen gewesen.

Der Quartalsbericht zum 30.06. weist bei der manuellen Prognose eine Verbesserung von 14,2 Mio € aus und nach der mathematischen Prognose von 12 Mio €. Frau McGregor stellt die einzelnen Zahlen laut Vorlage vor. Sie stellt dar, dass in

diesem Jahr ein Nachtrag erforderlich werden wird. Dieser wird voraussichtlich im Dezember 2022 vorgelegt.

Frau Hahn-Fricke erkundigt sich, in welcher Höhe noch Mittel im Investitionsfonds für die Kommunen verfügbar seien. Frau McGregor sagt eine Übersicht zum Protokoll zu.

Auf Nachfrage von Frau Marcussen erläutert Herr Schrenk, dass hohe Summen an Ersatzgeldern für Windkraftanlagen vom Land gezahlt werden. Der Kreis habe 3 Jahre Zeit, diese auszugeben. Dies gelinge jedoch oft nicht in voller Höhe, so dass Rückzahlungen an das Land erfolgen müssen. Dieser Zustand sei aus Sicht der UNB unbefriedigend. Frau Grote möchte wissen, ob es möglich sei, Ökopunkte von nicht ausgegebenen Mitteln zu erwerben. Herr Schrenk sagt eine Antwort zu Protokoll zu.

Frau Grote fragt nach dem Sachstand der nicht ausgegebenen Fördermittel für Kita-Plätze. Es könne oft aufgrund Personal- und Materialmangel in den Kommunen nicht gebaut werden. Frau McGregor erklärt, dass der Mittelabfluss in diesem Bereich 2021 der mit der schlechtesten Umsetzungsquote gewesen sei. In 2022 werden ebenfalls 7,1 Mio € weniger ausgezahlt.

Antwort der Verwaltung zu Ökopunkten:

Ersatzgelder müssen für praktische, reale und unmittelbar wirkende Maßnahmen in Natur und Landschaft verwendet werden – Ziel ist eine Aufwertung von Natur und Landschaft.

Sofern mit den Ersatzgeldern Ökopunkte erworben werden sollen, würde schlussendlich ein Mittel der E/A-Regelung verwendet, um ein Mittel der E/A-Regelung zu nutzen. Es handelte sich hierbei zwar um eine o.g. Verwendung, jedoch stellte diese lediglich einen Ausgleich dar. Eine Aufwertung von Natur und Landschaft wäre nicht zu erkennen. Die Instrumente der E/A-Regelung würden letztlich nur dem Selbstzweck dienen.

Außerdem ist zu betonen, dass der Kreis Segeberg den (Ökopunkte-)Markt maßgeblich beeinflussen und manipulieren würde. Zudem müssten die rechtsstaatlichen Prinzipien, wie Gleichbehandlung und Transparenz, gewahrt werden und eine potentielle Ungleichbehandlung von Ökopunkte-Anbietenden müsste mit entsprechenden Maßnahmen unterbunden werden.

**zu 4.4 Schlüsselkennzahlenbericht II/2022
Vorlage: DrS/2022/155**

Frau Lessing regt eine farbige Markierung für die einzelnen Fachausschüsse an, so dass sich die entsprechenden Zahlen leichter finden lassen.

Frau Grote erkundigt sich nach der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften. Der Landrat erklärt, dass die Erhöhungen noch nicht gravierend sichtbar seien. Vermutlich werden sich die Auswirkungen im nächsten Schlüsselkennzahlenbericht niederschlagen.

zu 4.5 Beteiligungscontrolling II/2022
Vorlage: DrS/2022/157

Frau Lessing merkt an, dass in den Bereichen des BKS sowie des WRI in einigen Punkten bisher nichts geschehen sei. Sie bittet darum, die Gründe zu ermitteln und in den beiden Fachausschüssen zu erläutern.

zu 4.6 Beteiligungen / laufendes Berichtswesen zum 30.06.2022
Vorlage: DrS/2022/158

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen

Herr Malassa nimmt Bezug auf die Diskussion zu TOP 3.2 bezüglich der geänderten Stellenbewertungen und bittet darum, die Politik künftig zu unterrichten, um die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu erhalten. Der Landrat sagt dies zu und weist gleichzeitig darauf hin, dass so hohe Abweichungen bei Stellenbewertungen eine absolute Ausnahme seien.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Frau McGregor kündigt an, dass voraussichtlich das Ergebnis des Jahresabschlusses durch das RPA vorgelegt werden könne. Weiterhin werde es Vorabinformationen für den Haushalt 2023 inklusive Stellenplan geben.

Auf Nachfrage von Frau Grote berichtet der Landrat, dass die Überarbeitung des Controllings in Arbeit sei. Die Fachbereichsebene habe sich in einem Workshop damit beschäftigt, die strategischen Ziele auf die Fachbereiche herunterzubrechen. In Vorbereitung der neuen Wahlperiode seien diese ggf. zu überarbeiten. Gleiches gelte für die Schlüsselkennzahlen. Es sei geplant, diese künftig über das IKVS abzubilden.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 10 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Frau Grote gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

TOP 8

Beschluss:

Nach erfolgreicher Feststellung der Eignung für den höher bewerteten Dienstposten wird Frau Andrea Terschüren das Amt einer Kreisverwaltungsdirektorin im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übertragen; gleichzeitig wird sie in eine freie Planstelle der Bes.-Gr. A 15 SH BesG eingewiesen.

TOP 9

Beschluss:

Frau Mareike Thiem wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe das Amt einer Kreisoberverwaltungsrätin übertragen; gleichzeitig wird sie in eine freie Planstelle der Besoldungsgruppe A 14 SHBesG eingewiesen.

Die von Frau Thiem vom 01.02.2020 - 31.01.2022 im Beschäftigtenverhältnis abgeleitete Tätigkeit beim Kreis Segeberg wird gemäß § 19 LBG S-H auf die Probezeit angerechnet.

TOP 11.1

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt auf Vorschlag des Landrates gemäß § 51 Abs. 1 Satz 4 Ziffer 4 Kreisordnung, der Kreisamtfrau Sandra Fait-Böhme zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Leitung des Fachdienstes „Büro für Chancengleichheit und Vielfalt“ auf Probe zu übertragen.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)